

Stellungnahme der BUNDjugend SH zu den Plänen für LNG-Terminals in Deutschland angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat Europa über Nacht in eine schwere Krise gestürzt, die auch die Energieversorgung betrifft.

In dieser Situation haben die Pläne für LNG-Terminals entlang der Unterelbe, gegen die sich die BUNDjugend Schleswig-Holstein gemeinsam mit anderen Landesverbänden und dem Bundesverband seit Jahren einsetzt, neuen Aufwind erhalten.¹ Statt den bisher bis zu drei geplanten Terminals an Elbe und Nordsee sind jetzt für Deutschland bis zu elf Terminals im Gespräch.² Für Schleswig-Holstein ist ein Terminal in Brunsbüttel vorgesehen.

Die Bundesregierung treibt diese Pläne massiv voran und will dafür nicht nur 3 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung stellen, sondern auch diverse Planungs- und Genehmigungsschritte überspringen, u.a. die Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Die BUNDjugend Schleswig-Holstein steht hinter dem Ziel, dass Deutschland möglichst schnell unabhängig von Erdgasimporten aus Russland wird. In der aktuellen Situation, in der die geopolitische Krise auf die Klimakrise trifft, braucht es aber trotzdem ein belastbares Konzept statt blindem Aktionismus.

Bevor über neue fossile Infrastruktur wie LNG-Terminals nachgedacht wird, müssen alle kurzfristigen Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Mögliche Einsparmöglichkeiten sind im Folgenden kurz beschrieben:

- Vorhandene oder leichter ausbaubare Techniken zur Wärmegewinnung (Power-to-Heat) müssen gefördert werden. (z.B. Abschaltstrom zur Wärmegewinnung für Fernwärme nutzen)
- Anstelle von LNG sollte mittelfristig Grüner Wasserstoff für die Industrie zur Verfügung gestellt werden, so dass die geplanten Milliarden in diese Technologie investiert werden sollten
- Die Industrie trägt etwa zu 50% zum Erdgasverbrauchs in Deutschland bei und benötigt einen Umstieg auf Wasserstoff, um die Abhängigkeit zu Erdgas abzubauen.³
 - Ein großer Anteil des Erdgases geht in die Ammoniaksynthese. Ammoniak wird vor allem für die Produktion von Kunstdünger benötigt. Durch Umstellung auf biologische

¹ Siehe zum allgemeinen Hintergrund die gemeinsame Stellungnahme von BUND SH, NDS, HH und dem Bundesverband aus 2019. Das vorliegende Papier nimmt zu aktuellen Entwicklungen angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine Stellung und soll die Positionierung aus 2019 im Übrigen nicht ersetzen.

² Deutscher Bundestag – Drucksache 20/1742

³ Energieeffizienz in Zahlen. Entwicklungen und Trends in Deutschland 2021, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Dezember 2021 und eigene Berechnungen

Landwirtschaft und Reduktion des Düngereinsatzes kann der Gasbedarf deutlich verringert werden.

- Ein weiterer Industriezweig mit hohem Erdgasbedarf ist die petrochemische Industrie als Vorstufe der Kunststoffherzeugung. Hier kann der Bedarf durch Verringerung des Kunststoffverbrauchs u.a. durch einen Verzicht auf Kunststoffverpackungen und Einsatz von Mehrwegverpackungen kurzfristig reduziert werden.
- Im Gebäudesektor dürfen keine neuen Gasheizungen verbaut werden. Stattdessen müssen z.B. Wärmepumpen, Solarthermie und Power-to-Heat Verwendung finden und mehr Häuser an die Fernwärme angeschlossen werden.
- Die energetische Sanierung von Gebäuden muss dringend vorangebracht werden. Mittelfristig kann der Erdgasverbrauch im Gebäudesektor dadurch reduziert werden.
 - Heizungen und Warmwassererzeugung sollten bedarfsgerecht eingestellt werden, wozu die BUNDjugend Schleswig-Holstein eine groß angelegte Medienkampagne empfiehlt.

Fossile Energie

Um den Ausstieg aus den fossilen Energien nicht zu verlangsamen und keine neuen fossilen Lock-In-Effekte zu schaffen, darf es keine langfristigen Festlegungen für fossile Energieträger geben.

Deshalb sind Anpassungen an bestehender Infrastruktur unbedingt dem Neubau von Anlagen für fossile Energieträger vorzuziehen. So können zum Beispiel Pipelines mit geringem Aufwand modifiziert werden, um den Betrieb in beide Richtungen zu ermöglichen. Damit können bestehende LNG-Terminals in den europäischen Nachbarländern übergangsweise für die deutsche Erdgasversorgung mitgenutzt werden. Laut einer Berechnung des Beratungsunternehmens Artelys⁴ reichen die bestehenden Pipelines und Terminals in Mitteleuropa aus, um die Versorgungssicherheit mit Erdgas unabhängig von Russland sicher zu stellen.

Langfristige Lieferverträge für LNG sind zu vermeiden, auch für Lieferungen über Terminals in Nachbarländern.

⁴ Artelys: Does phasing-out Russian gas require new gas infrastructure?
<https://elperiodicodelaenergia.com/wp-content/uploads/2022/05/Artelys-Russian-gas-phase-out.pdf> (2022, finanziert durch European Climate Foundation)

Fracking

Die BUNDjugend Schleswig-Holstein lehnt Fracking aufgrund der Gefahren für Umwelt und Grundwasser in Deutschland und weltweit ab. Der Bezug von LNG sollte daher nur eine kurzfristige Notlösung sein, um den Wirtschaftsstandort nicht zu gefährden. Eine mittel bis langfristige LNG Versorgung, wie sie sich mit neuen LNG Terminals verfestigen würde, darf es nicht geben.

- Wegen der extremen Klimaschädlichkeit und weiterer Umweltauswirkungen der Fracking Technologie darf in keinem Fall LNG aus Fracking-Quellen importiert werden, auch nicht über Terminals in den Nachbarländern.
- Überlegungen jetzt doch Fracking in Deutschland zuzulassen, sind sofort zu stoppen. Fracking ist eine überaus riskante Technik, um Erdgas zu gewinnen und ist aus Umwelt- und Naturschutzgründen abzulehnen.

Beteiligung der Zivilgesellschaft

Die Umweltverträglichkeitsprüfung oder Umweltauflagen dürfen nicht wegfallen und die Zivilgesellschaft muss weiter im Planungsprozess beteiligt werden.

Ein übereiltes Genehmigungsverfahren unter Ausschluss der aktuell rechtsgültigen Verfahrensschritte, insbesondere der Umweltverträglichkeitsprüfung und des zivilgesellschaftlichen Beteiligungsverfahrens, wie gerade in Schleswig-Holstein praktiziert, lehnt die BUNDjugend Schleswig-Holstein daher entschieden ab.

Die unter diesen Bedingungen geplanten LNG-Terminals in Deutschland werden vom BUND Schleswig-Holstein und der BUNDjugend abgelehnt

Die BUNDjugend Schleswig-Holstein unterstützt den Widerspruch des Bundesverbandes gemeinsam mit NABU und WWF gegen die Genehmigung des LNG-Terminals in Wilhelmshaven.